



Streiflicht Italien
August-September 2019

Italiens neue Regierung - wohin gehen wir?

Noch hat sich nicht viel geändert im Italien des "Conte bis", wie man hier sagt. 'Bis' bedeutet Zugabe, Conte durfte nach langen Verhandlungen der Fünf-Sterne-Regierung mit der Demokratischen Partei letztendlich als Premier im Amt bleiben. Noch ist nicht abzusehen, wohin uns der Weg führt, ob die Häfen zukünftig tatsächlich offen sind und ob die neue europäische Verteilungspolitik wirklich greift. [Eine Betrachtung](#) von borderline-europe, September 2019

Seenotrettungsleitzentrale darf Informationen nicht grundätzlich zurückhalten

Am 1. August entschied das Verwaltungsgericht Lazio mit dem Urteil 10202/2019, dass angefragte Informationen an die Seenotrettungsleitzentrale in Rom (IMRCC) von dieser herausgegeben werden müssen. Grundlage ist die Umsetzung der so genannten FOIA - des Informations-Freiheits-Gesetzes - welches Italien mit dem Gesetzesdekret 3/2013 umsetzte. Die Entscheidung geht auf eine Beschwerde gegen die Ablehnung von zwei Anträgen zurück, die der italienische Verein Jurist*innen zu Migrationsfragen an das IMRCC und das Verkehrsministerium gerichtet hatten. Darin wurde Auskunft über die eingegangenen Notrufe, die Freigabe von Inmarsat/Navtex-Mitteilungen und allgemein über die Aktivitäten des IMRCC im Oktober und November 2018, in denen die Mare Jonio des italienischen Netzwerks Mediterranea auf See war, erbeten. Der IMRCC lehnte die Auskunft mit der Begründung, das seien militärische Geheimnisse, ab. Zudem könne die Preisgabe der Informationen zu Gefahr der öffentlichen Sicherheit und der internationalen Beziehungen

führen. Nun sprach sich das Gericht gegen diese Argumentation aus: die Aktivitäten des IMRCC seien vor allem Seenotrettungsoperationen, die in der SAR-Konvention (Search and Rescue - Suche und Rettung) festgelegt sind. Diese könnten nicht als militärisch angesehen werden, auch wenn militärische Schiffe sie durchführten. Es könnten in jedem Falle nur bestimmte Informationen tatsächlich aus Sicherheitsgründen geheim gehalten werden, das müsse aber begründet werden, was der IMRCC nicht getan habe. Es gebe zudem ein generelles Interesse an den Details einer Rettungsaktion im Mittelmeer, da sie den Schutz der Grundrechte beträfen und ein zentrales Thema in der aktuellen öffentlichen Debatte darstellten.



Küstenwachtschiff in Lampedusa

Diese Entscheidung könnte eine wichtige Grundlage für die von der FOIA bereitgestellten Instrumente sein, um rechtliche Strategien zu entwickeln. Auch die Verantwortlichkeiten in Fragen der Zurückschiebungen ("push backs") und der "pull backs" (der Zurückholungen z.B. durch die so genannte libysche Küstenwache) könnten hiermit untersucht werden. Der [ASGI hat dazu eine Presseerklärung](#) veröffentlicht.

Seenotrettung und überfüllte Hotspots – Das System der Hotspots in Messina und Pozzallo steigend Ankunftsahlen im September 2019

Laut Aussagen des italienischen Innenministeriums haben [im Jahr 2019 6.623 Geflüchtete](#) Italien über See erreicht. 1.488 waren es allein in den ersten drei Septemberwochen. Tunesien liegt als Herkunftland an erster Stelle, gefolgt von Pakistan, der Elfenbeinküste, Algerien und dem Irak. Die massiv verminderten Ankünfte aus Libyen zeigen sich auch deutlich in der Zusammensetzung der Herkunftsländer. Doch das bedeutet nicht, dass die Geflüchteten nicht versuchen, das Meer zu überqueren: Das [Alarm Phone](#) postete am 21. September auf Twitter, dass es nie zuvor in einem so kurzen Zeitraum so häufig von Flüchtlingsbooten im Zentralen Mittelmeer kontaktiert worden sei wie in den Tagen vom 16.-20.September. 10 Boote mit ungefähr 720 Geflüchteten an Bord hatten sich auf den Weg gemacht.



Hotspot Lampedusa

[Fünf dieser Boote](#) seien von der so genannten libyschen Küstenwache gestoppt und zurückgeholt worden, d.h., dass ungefähr 431 Menschen in die Hölle der libyschen Lager zurückkehren mussten. Die anderen fünf Boote wurden nach Europa gebracht, vier nach Malta und eines nach Italien. Lesen Sie [hier](#) weiter... [Update vom 23. September](#): die Ocean Viking hat am 22.9. endlich den Hafen Messina zugewiesen bekommen, um die verbliebenen 182 Geflüchten an Land zu bringen.

Das System der Hotspots wurde von den EU-Institutionen ins Leben gerufen, um eine politische Lösung der Umverteilung der Migrant*innen zu finden, die an italienischen Häfen, wie z.B. Lampedusa oder Sizilien ankamen. Man wollte Italien entlasten und eine „menschlichere“ politische Übergangslösung finden. Was von außen nach politischen Willen klingt, ist bei genauer Betrachtung ein System der Willkür, Überwachung und letztendlich eine Retraumatisierung.

Das System scheitert in vollem Umfang an humanitären Standards, denn es gibt keine. Die gesundheitliche Versorgung in Zentren/Hotspots wie in Pozzallo und Messina [sind katastrophal](#), von z.B. psychologischer Betreuung kann keine Rede sein. Migrant*innen werden existentielle Informationen oder Dokumente, so z.B., dass sie als Asylsuchende gemeldet sind, vorenthalten. Auch gibt es keine rechtlichen Vorgaben, nach denen die Migrant*innen den jeweiligen EU - Ländern zugeteilt werden. Die Auswahl treffen die Mitgliedsstaaten meist nach Frage der Nationalität, Religion, Ethnie und Sicherheit, oftmals mit Fragen an die Betroffenen, die nichts mit ihrem Asylersuchen zu tun haben. Das System der Hotspots wirkt auf die Migrant*innen zermürend, da keiner von ihnen genau weiß wie lange er oder sie dort bleiben muss. So befinden sich im Hotspot Pozzallo seit Anfang September ungefähr 300 Personen. Hier warten u.a. seit Mitte August die 70 Migrant*innen, die von der Open Arms gerettet wurden. In Messina warten hingegen seit Juli die von der Sea Watch 3 geretteten Migrant*innen. Niemand von ihnen weiß, warum und worauf sie hier warten müssen.

Hotspots und Mafia

„Verbindungen zur organisierten Kriminalität, Unregelmäßigkeiten bei der Verwaltung von Verträgen, falsche Erklärungen zu den Mahlzeiten für Migrant*innen: Das sind die Hypothesen der

Kriminalität, für die das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) in Brüssel nach einer Untersuchung über die Verwaltung von Aufnahmezentren im Jahr 2018 empfohlen hat, Italien von der Finanzierung von fast 1,4 Millionen Euro durch den Europäischen Flüchtlingsfonds auszuschließen“, [berichtete die Nachrichtenagentur ANSA Europa](#) am 3. September. „Die Maxi-Umfrage, die von der Bezirks-Antimafia-Staatsanwaltschaft Catanzaro in Zusammenarbeit mit OLAF initiiert wurde, betraf 84 Personen, die verdächtigt wurden, "Verbindungen zu den Mafiagruppen zu haben, die in der Lage sind, öffentliche Aufträge zu manipulieren und illegale öffentliche Mittel zu erhalten".

ASGI und Borderline Sicilia klagen an: Lebensbedingungen im CAS Villa Sikania unhaltbar

Borderline Sicilia und der Verein für juristische Studien zur Immigration ASGI haben [in einem Bericht](#) die Lebensbedingungen im ehemaligen HUB Villa Sikania in Siculiana (Provinz Agrigento) auf Sizilien angeklagt. Der HUB diene bis zum Ende der so genannten "relocation", der Umsiedlung von Asylsuchenden in andere europäische Staaten im Jahr 2017, als Sammelstelle.



Schlafsaal in der Eingangshalle von Villa Sikania

Inzwischen ist es ein sogenanntes CAS, ein außerordentliches Aufnahmezentrum. Hierhin

werden für gewöhnlich die auf der Insel Lampedusa angelandeten Personen nach der Aufenthaltszeit – und der üblichen informellen Haft – im dortigen Hotspot verlegt. Im Bericht stellen beide Organisationen dar, dass die Situation im Aufnahmezentrum der Villa Sikania unhaltbar sei. Hygienische Standards sowie Privatsphäre fehlen, rechtliche Zugänge, z.B. Informationen über das laufende Asylverfahren bzw. um den Asylantrag überhaupt stellen zu können, ziehen sich teilweise über Monate hin. Diese Ungewissheit sorgt für zusätzlichen Stress. Vor allem Frauen mit ihren minderjährigen Kindern, die von ASGI und Borderline Sicilia im Rahmen des Projektes Limine immer wieder befragt wurden, leiden unter diesem Mangel der Privatsphäre. Es gibt beispielsweise auch keine Einrichtungen für Neugeborene, ganz zu schweigen von einer medizinischen Versorgung.

ASGI und Borderline Sicilia haben es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, die Behörden, so u.a. das Polizeipräsidium, das Ordnungs-, wie Gesundheitsamt von Agrigento, immer wieder zu den einzelnen „Fällen“ zu befragen und an diese zu appellieren,- Grundrechte und internationales Recht einzuhalten. Bisher warten beide Vereine noch auf Antworten.

Erneute Räumung des BAOBAB in Rom

[Baobab](#) ist eines der wichtigsten alternativen Transitzentren Roms, auch wenn es immer wieder geräumt wird. Es existiert seit Mai 2015, als eine Gruppe von Freiwilligen in dem damals noch in der Via Cupa bestehende Zentrum über 35.000 durchreisende Geflüchtete betreute. Schon im Dezember 2015 wurde erstmalig geräumt, doch Baobab Experience macht auf der Straße weiter. Immer wieder werden auch die einfachen Zelte von der Polizei geräumt. Am 3. September 2019 kam die Polizei erneut an den Bahnhof Tiburtina in Rom. 12 Migranten wurden auf die Ausländerbehörde gebracht. Dokumente, private Habseligkeiten von Menschen, die sonst nichts mehr haben, und Decken wurden einfach in

Müllcontainer geworfen. [Baobab klagt an](#), dass den Menschen hier von niemanden geholfen wird. Sie kommen in die Hauptstadt, um ihre Papiere zu verlängern oder zu beantragen, um auf eine Weiterreise zu warten, um ihr Leben in irgend einer Art und Weise in den Griff zu bekommen. Niemand hilft ihnen dabei, Baobab ist oftmals die einzige Möglichkeit für sie, Unterstützung zu erhalten. In Zeiten des immer weiter ansteigenden Rassismus ist diese Räumung das falsche Zeichen und löst auch nicht das Problem.

Unhaltbare Zustände in Abschiebungshaft-anstalten

Anfang Juni 2019 nahm sich ein junger Nigerianer in der Abschiebungshaft Brindisi das Leben. [Im Juli starb Faisal Hossai](#), ein 32-jähriger Bangladeshi, in der Abschiebungshaft Turin. Er war ohne Dokumente angetroffen und verhaftet worden. Er wurde 22 Tage in Isolationshaft gehalten, nachdem er vergewaltigt worden war. Trotz der Meldungen seiner Mithäftlinge weigerten sich die Gefängniswärter, ihm zu Hilfe zu kommen. Faisal war krank und benötigte eine adäquate Versorgung, er hätte niemals inhaftiert werden dürfen. Als der Tod Faisals bekannt wurde, gab es eine Revolte im Corso Brunelleschi, der Abschiebungshaft. Darüber berichteten die Medien, doch Faisals Geschichte war keine Schlagzeilen wert. Bevor Faisal in Isolationshaft genommen worden war konnte er die Geschichte seiner Vergewaltigung noch einem Mithäftling erzählen, dem es gelang, eine Mail an die Staatsanwaltschaft und verschiedene Presseorgane zu schreiben. In der Mail berichtete er auch über die unhaltbaren Zustände. Lasciateci centrare, ("Lasst uns rein"), eine landesweite Kampagnengruppe, die die Zustände in Abschiebungshaftanstalten öffentlich macht, publizierte am 16. September einen [Bericht über Turin](#). Darin wird u.a. über die stundenlang in der Sonne stehende Fertignahrung berichtet, die nicht selten mit Beruhigungsmitteln versetzt worden sein soll, um die protestierenden

Migranten ruhig zu halten. Im sehr heißen Sommer erhielten die Inhaftierten nicht genug zu trinken. Das Gebäude an sich ist mehr als renovierungsbedürftig, im Sommer ist die Hitze in den aus reinem Zement und ohne Fenster gebauten Häusern ebenso unerträglich wie im Winter die Kälte. Es gibt keine angemessene medizinische Versorgung, vor allem psychisch kranke Personen erhalten keinerlei Hilfe. Der Bericht wird unterlegt mit Fallbeispielen. Am 20. September gab es einen Protest in der Abschiebungshaft Rom, Ponte Galeria. Eine Gruppe von ca. 25 Nigerianern hatte Matratzen in Brand gesteckt. Dieser konnte schnell gelöscht werden, doch niemand weiß, was wirklich vorgefallen ist. Lasciateci centrare versuchte vergeblich, mit den Migranten Kontakt aufzunehmen, denn die dort Inhaftierten müssen ihre eigenen Telefone abgeben. Was dort wirklich vorgefallen ist wird nur in Erfahrung zu bringen sein, wenn es gelingt, eineN Parlamentarier*in dazu zu bewegen, sich die Ereignisse vor Ort von den Migranten schildern zu lassen – das passiert leider nicht häufig.



Abschiebungshaft Caltanissetta (Sizilien)
Foto: hurriya.noblogs.org

Justizirrtum - Medhanie Tesfamariam Behre saß drei Jahre unschuldig in Haft

2016 war er nach einer von der Staatsanwaltschaft Palermo lang vorbereiteten großen Aktion in Zusammenarbeit mit der sudanesischen Polizei in Khartoum verhaftet worden. Medhanie Tesfamariam Behre [sollte der „General“ sein](#), der bekannteste 'Trafficker' zwischen dem Sudan und Libyen. Viele Beweise bis hin zu DNA-Abgleichen und Gesprächen mit

der Ehefrau des echten „Generals“ Mered Medhanie wurden vor allem von den Journalisten Lorenzo Tondo (The Guardian) und Ben Taub (New Yorker) vorgelegt – [nichts hat die Staatsanwaltschaft dazu bewegen können, ihren Irrtum zuzugeben.](#) Nun wurde Medhanie Tesfamariam Behre im Sommer nach dreihähriger Haft endlich entlassen. Doch statt ihm eine Entschädigung zu zahlen wurde er sofort in Abschiebungshaft genommen – man wollte sich wohl des Zeugen eines solch horrenden Justizirrtums entledigen. Nur massive Proteste seitens vieler verschiedener Gruppen und Anwält*innen führten letztendlich dazu, dass er einen Aufenthaltstitel in Italien erhielt. Dennoch wurde er der Schlepperei angeklagt und verurteilt, da er auf seinem Telefon die Nummer eines Schleppers in Libyen gespeichert hatte. Die Strafe sei nur mit den drei Jahren irrtümlicher Haft abgesessen. Doch welcheR Geflüchtete schafft es aus Libyen herauszukommen, ohne einen Schlepper zu bemühen? Dieser Justizirrtum ist mehr als skandalös, doch findet er nur wenig Resonanz in den Medien.

Kontakt

[borderline-europe](#)

Menschenrecht ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de>
mail@borderline-europe.de
jg@borderline-europe.de

Aus technischen Gründen finden Sie dieses Mal leider nicht das gewohnte Format unseres Steifleichts vor.